

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Book Part — Published Version

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2007) : Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 41-61

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4003>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsam fort

Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

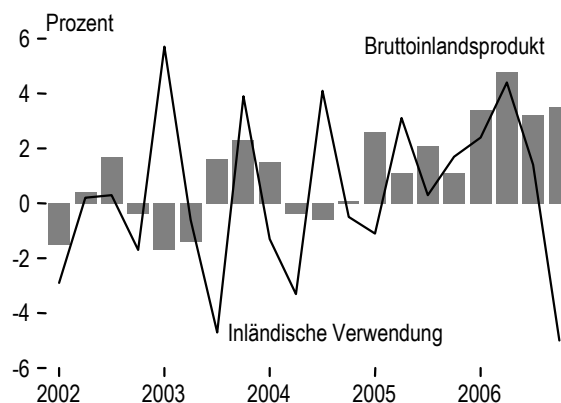
Zusammenfassung:

Der Aufschwung in Deutschland setzt sich kraftvoll fort. Anders als bisher von uns erwartet, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion zu Jahresbeginn zwar langsamer zugenommen haben als zuvor, aber nicht gesunken sein. Für die erste Jahreshälfte erwarten wir einen deutlichen Anstieg der Produktion. Wir revidieren unsere Prognose für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in 2007 von 2,1 auf 2,8 Prozent. Im kommenden Jahr verliert der Aufschwung an Fahrt, nicht zuletzt aufgrund stärkerer Lohnsteigerungen. Vor allem aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn ergibt sich gleichwohl im Jahresdurchschnitt voraussichtlich immer noch ein Zuwachs von 2,4 Prozent.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland blieb bis zum Ende des Jahres 2006 außerordentlich kräftig. So legte das reale Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal abermals deutlich zu, die laufende Jahresrate erhöhte sich leicht auf 3,5 Prozent (Abbildung 1). Nach der nochmaligen Aufwärtsrevision der Daten für die vorangegangenen drei Quartale nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf um 3,7 Prozent zu.¹ Damit hat sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung erheblich erhöht; nach unseren Schätzungen war die Produktionslücke im vierten Quartal 2006 positiv.² Dies deckt sich mit den Aussagen der Industrieunternehmen, die in den Umfragen eine deutlich überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung melden.

Treibende Kraft des Produktionsanstiegs im vierten Quartal waren die Exporte; durch den hohen Anstieg um mehr als 20 Prozent (laufende Jahresrate) wird die zugrunde liegende Dynamik der Auslandsnachfrage allerdings merk-

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2002–2006^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

¹ Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Zuwachs von 2,7 Prozent, anstatt der von uns im Dezember 2006 prognostizierten Rate von 2,6 Prozent (Boss et al. 2006b: 25).

² Zu einer aktuellen Schätzung des Produktionspotentials vgl. Boss et al. (2007).

lich überzeichnet. Die Konsumenten zogen wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung Käufe vor; so schnellte insbesondere der PKW-Absatz in die Höhe. Gleichwohl blieb der Anstieg des privaten Konsums insgesamt verhalten, da die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte kaum zunahmen. Auch das Baugewerbe profitierte von Vorzieheffekten; die Bauinvestitionen insgesamt wurden abermals spürbar ausgeweitet. Ein großer Teil der vorgezogenen Konsumgüterkäufe wurde allerdings offenbar aus den Vorräten bedient. Wegen des kräftigen Lagerabbaus war die Inlandsnachfrage deutlich rückläufig. Die inländische Endnachfrage hingegen expandierte weiterhin, wenn auch etwas schwächer als in den Vorquartalen.

Ausgesprochen günstig hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelt. Dies lag zwar auch daran, dass die Witterung ungewöhnlich mild war. Ausschlaggebend war aber die kräftige Konjunktur. Seit Jahresbeginn liegt die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen unter 4 Millionen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich in den ersten Monaten dieses Jahres auf rund 9 1/2 Prozent; sie ist damit um etwa 2 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr. Die Erwerbstätigkeit ist weiterhin kräftig gestiegen. Seit dem Tiefpunkt zu Beginn des Jahres 2006 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 Prozent zugenommen.

Die Verbraucherpreise haben sich erwartungsgemäß zu Beginn dieses Jahres sprunghaft erhöht. Insgesamt sind die Preise seit dem Beschluss zur Erhöhung der Mehrwertsteuer in etwa dem Ausmaß gestiegen, das erwartet worden war.³ Allerdings haben die Unternehmen ihre Preise bereits im Vorjahr verstärkt angehoben. Die Inflationsrate blieb im ersten Quartal 2007 weiter unter der 2-Prozent-Marke; dies ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass die Energiepreise seit dem Herbst deutlich gesunken sind.

Aufschwung setzt sich 2007 kraftvoll fort

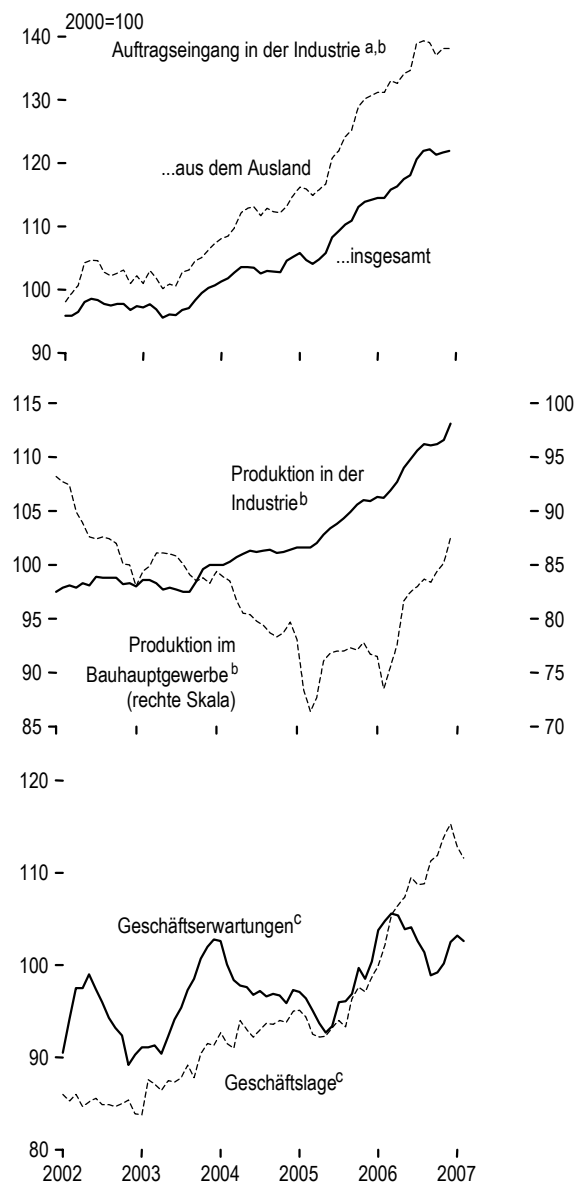
Zu Jahresbeginn 2007 ist die Prognose mit erhöhten Unsicherheiten belastet. Eine Reihe von Indikatoren deutet seit kurzem auf eine Verlangsamung des Aufschwungs hin. So stagniert seit einigen Monaten der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe. Dabei spielte möglicherweise die Unsicherheit in den Unternehmen über den weiteren Verlauf der Konjunktur – nicht zuletzt aufgrund der nahenden Mehrwertsteuererhöhung, möglicherweise auch aufgrund der Verlangsamung des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten – eine wesentliche Rolle; die Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft sind jedenfalls im dritten Quartal 2006 deutlich gesunken; danach stabilisierten sie sich wieder. Nach der Jahreswende haben sich darüber hinaus einige Frühindikatoren nicht weiter verbessert oder sogar leicht verschlechtert. Erwartungsgemäß trübte sich die Beurteilung der Geschäftslage in den Bereichen, in denen Vorzieheffekte zu verzeichnen waren, nach dem Jahreswechsel spürbar ein, so im Einzelhandel und, wenn auch weniger ausgeprägt, im Wohnungsbau.

Allerdings sind viele Indikatoren auch nach den geringfügigen Rückgängen zu Jahresanfang immer noch auf einem sehr hohen Niveau (Abbildung 2). Vor allem die Auftragsbestände der Unternehmen sind, ungeachtet des leichten Rückgangs der Auftragseingänge am aktuellen Rand, so hoch wie seit langem nicht mehr (Abbildung 3). Zum Jahresende 2006 lag die Bestandsbeurteilung deutlich über ihrem letzten Höchststand im Juni 1990, und nach der leichten Abwärtskorrektur nach der Jahreswende liegt sie nun etwa gleich mit jenem Wert aus der Zeit des Wiedervereinigungsbooms. Gleichzeitig ist die Kapazitätsauslastung der Industrieunternehmen, laut Umfrage des ifo Instituts, sehr hoch. Mit 87,5 Prozent hat sie im vergangenen Quartal den für gesamtdeutsche Werte höchsten Stand erreicht; in Westdeutschland wurden während der Jahre 1990–1992 allerdings Werte von bis zu 90 Prozent gemeldet. Nach der jüngsten Umfrage der EU-Kommission wurde die

³ Vgl. dazu Kasten 1 im Abschnitt „Preisauftrieb beschleunigt sich“.

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2002–2007

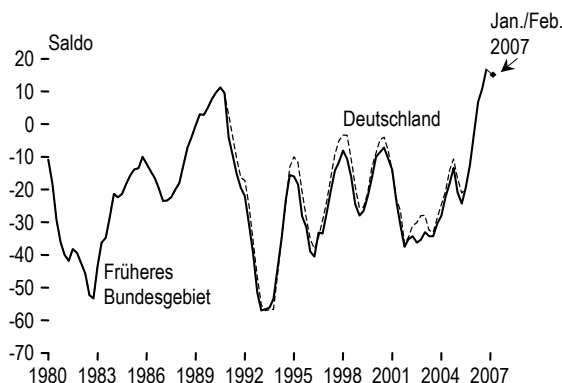


^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Kapazitätsauslastung von den Unternehmen im Februar höher eingeschätzt als im November. Im Januar ist die Industrieproduktion jedenfalls kräftig gestiegen. Dazu passt, dass die Kraftwagenproduktion im Februar, einer Meldung des Branchenverbands zufolge, trotz deutlich gesunkener Zulassungszahlen im Inland infolge der ins Jahr 2006 vorgezogenen Käufe um

Abbildung 3:
Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe 1980–2007



Quelle: ifo (lfd. Jgg.).

10 Prozent über ihrem Stand vom Dezember gelegen hat. Und der sehr kräftige Rückgang der Arbeitslosigkeit im Januar und im Februar spricht ebenfalls für ein Produktionsplus. Überdies hat die warme Witterung die Bauproduktion im ersten Quartal begünstigt.

Anders als in unserer Prognose vom Dezember 2006 erwarten wir nunmehr, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion trotz der in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe im ersten Quartal spürbar gestiegen ist. Wir unterstellen eine annualisierte Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,0 Prozent. Für das zweite Quartal sind wir angesichts der anhaltend sehr positiven Signale vom Arbeitsmarkt und des höher als erwarteten Auftragsbestands der Unternehmen ebenfalls etwas optimistischer als im Dezember. Diese Korrekturen implizieren, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 voraussichtlich mit einer Rate von 2,8 Prozent zunehmen wird.

Keine Impulse mehr von der Geldpolitik

Die monetären Rahmbedingungen für die Konjunktur in Deutschland sind in den vergangenen Monaten geringfügig ungünstiger geworden. Im Gefolge der Leitzinserhöhung durch die EZB vom 8. März auf 3,75 Prozent haben die

Zinsen für Dreimonatsgeld weiter angezogen. Danach lagen sie bei 3,9 Prozent; auch real dürften sie leicht gestiegen sein. Die Rendite von Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit lag in der ersten Märzwoche in der Nähe von 4 Prozent und damit etwa auf dem Niveau der vergangenen Monate. Die Break-even-Inflationsrate französischer Staatsanleihen hat sich ebenfalls kaum verändert; die langfristigen Realzinsen dürften weitgehend auf dem Niveau von vor einem halben Jahr liegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland blieb in den vergangenen Monaten angesichts kaum nennenswerter Verschiebungen bei den Wechselkursen ebenfalls annähernd unverändert.

Im Prognosezeitraum dürfte die EZB die Leitzinsen im Euroraum zunächst weiter anheben. Wir erwarten weitere Zinsschritte von 25 Basispunkten im Juni und im September (Gern et al. 2007). Die Kapitalmarktzinsen dürften ihren leichten Aufwärtstrend fortsetzen (Tabelle 1). Für den Euro ist ein Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar von 1,30 unterstellt. Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte, auch aufgrund der Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung, im Jahr 2007 etwas steigen. Im Jahr 2008 dürfte sie sich vor dem Hintergrund des stärkeren Lohnanstiegs wieder verringern.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I ^a	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,6	2,9	3,2	3,6	3,8	4,0	4,2	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,5	4,0	3,9	3,7	3,8	4,2	4,3	4,4	4,5	4,6	4,7	4,6
Tariflohnindex ^{c,d}	0,9	1,6	0,3	1,5	1,7	2,4	2,6	2,6	3,1	3,1	2,9	2,9
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,20	1,27	1,27	1,32	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	96,2	97,2	97,6	97,7	97,2	96,9	96,7	96,5	96,7	97,0	97,3	97,6
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	4,6	5,4	3,3	3,3	3,1	2,6	2,9	2,9	2,7	2,5	3,0	3,5
Rohölpreis ^h	61,9	69,8	70,1	59,7	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0

^aGeschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel Nordsee-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, Monatsbericht (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Ausgeglichenes Budget des Staates „ante portas“?

Das Budgetdefizit des Staates ist im Jahr 2006 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozentpunkte auf 1,7 Prozent gesunken. Es wird im Jahr 2007 weiter abnehmen. Maßgeblich dafür sind der kräftige Aufschwung sowie die Maßnahmen, mit denen das strukturelle Budgetdefizit des Staates reduziert wird.

Die Ausgaben des Staates werden auch im Jahr 2007 nur wenig erhöht. Zwar werden die Investitionen weiter ausgeweitet und die Altersrenten erstmals seit Juli 2003 angehoben; der Personalbestand im öffentlichen Dienst wird aber weiter abnehmen, zudem werden die arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben (der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes) wohl weiter gekürzt, wengleich neue Programme des Bundes in Kraft treten dürften. Die konjunkturbereinigten Einnahmen des Staates

werden im Jahr 2007 kräftig steigen. So wurden per saldo Steuervergünstigungen reduziert,⁴ vor allem aber wurden der Regelsatz der Mehrwertsteuer und die Versicherungsteuer angehoben. Die Belastung der Löhne und bestimmter Lohnersatzleistungen durch die Sozialbeiträge insgesamt sinkt dagegen. Zwar wurde der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 um 0,4 Prozentpunkte erhöht, und der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung wird im Jahr 2007 wohl um 0,6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2006 sein,⁵ aber der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wurde zum Jahresbeginn um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent gesenkt. Insgesamt dürfte das strukturelle Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte auf reichlich 1 Prozent abnehmen. Das tatsächliche Budgetdefizit wird sich bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wohl auf 0,7 Prozent belaufen (Tabelle 2).⁶

Im Jahr 2008 dürften die Ausgaben des Staates um reichlich 2 Prozent und damit merklich rascher als im Jahr 2007 zunehmen (1 Prozent). So werden die Löhne im öffentlichen Dienst wohl deutlich angehoben. Auch dürfte der Personalbestand tendenziell steigen; zusätzliche Arbeitsplätze dürften in jenen Berei-

⁴ Die Maßnahmen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit, der Spendentätigkeit, der Kultur etc. mindern aber das Aufkommen.

⁵ Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung dürften im Jahr 2007 trotz einzelner Sparmaßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform etwa so stark wie im Jahr 2006 steigen. Der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung wird aber von 4,2 auf 2,7 Mrd. Euro verringert; dies trägt dazu bei, dass die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung bei unveränderten Beitragssätzen nicht zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen würden. Auch sind die Kassen verpflichtet, einen Teil ihrer Schulden zu tilgen.

⁶ Dabei ist nicht berücksichtigt, dass inländischen Anteilseignern ausländischer Kapitalgesellschaften im Prognosezeitraum Körperschaftsteuer erstattet wird, die entsprechend dem bis zum Jahr 2000 geltenden Körperschaftsteuersystem gezahlt worden war. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das die Rückzahlung vorschreibt, ist verkündet worden. Es ist aber unklar, in welchem Ausmaß Steuer erstattet werden muss.

Tabelle 2:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 1998–2008^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
1998	48,0	23,5	18,9	3,5	-2,2
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	-1,5
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,3	18,0	3,1	-3,7
2005	46,8	22,5	17,7	3,4	-3,2
2006	45,7	23,5	17,4	3,1	-1,7
2007 ^e	44,3	23,9	16,6	3,1	-0,7
2008 ^e	43,4	23,7	16,4	2,9	-0,5

^aAbgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

chen entstehen, in denen bislang unter dem Druck der hohen Budgetdefizite auf eine Ausweitung des Personalbestandes verzichtet worden war. Zudem werden die Investitionen angesichts der verbesserten Finanzlage des Staates wohl leicht beschleunigt ausgeweitet werden. Ferner ist damit zu rechnen, dass zusätzliche Mittel im Bereich Kinderbetreuung eingesetzt werden. Die Altersrenten werden zum 1. Juli 2008 wohl wieder angehoben. Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge dürfte im Jahr 2008 etwas abnehmen. Zwar werden die Beitragssätze in der Sozialversicherung insgesamt wohl nur wenig sinken,⁷ die Lohnsteuer-

⁷ Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung dürfte zu Beginn des Jahres 2008 angesichts der im Verlauf des Jahres 2007 zunehmenden Rücklage (Ende 2006: 11,2 Mrd. Euro) gesenkt werden, wenngleich weitaus weniger, als es angebracht wäre (vgl. Abschnitt „Anhaltend kräftiger Produktionsanstieg erfordert weitere Stärkung des Potentialwachstums“). Bei der Rentenversicherung wurde der Beitragssatz Anfang 2007 stärker als notwendig angehoben, so dass eine Rücklage entsteht, auf die im Jahr 2008 zurückgegriffen werden könnte. Eine Reduktion des Beitragssatzes ist allerdings unwahrscheinlich angesichts der absehbaren demographisch

belastung wird sogar progressionsbedingt steigen; beträchtliche Mindereinnahmen (6 1/2 Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung zu erwarten (vgl. hierzu Boss 2007).

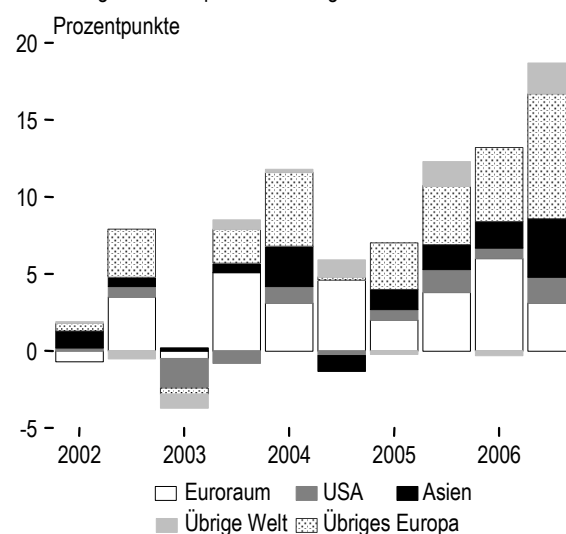
Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2008 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 0,5 Prozent betragen. Damit scheint das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts des Staates in greifbare Nähe gerückt zu sein. Allerdings ist zu bedenken, dass das konjunkturbereinigte Budgetdefizit des Staates im kommenden Jahr im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt reichlich 1 Prozent betragen dürfte.

Exportdynamik lässt nach

Die Dynamik des Exports kam im abgelaufenen Jahr mit einem Zuwachs von 12,5 Prozent nahezu der im Boomjahr 2000 (13,5 Prozent) gleich. Für das zweite Halbjahr 2006 wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung derzeit sogar der stärkste Ausfuhranstieg seit 1991 ausgewiesen. Die wesentlichen Beiträge dazu kamen dabei aus der Gruppe der europäischen Länder, die nicht Mitglied der Währungsunion sind, sowie aus Asien (Abbildung 4). Der Beitrag der Partnerländer im Euroraum verringerte sich gegenüber der ersten Jahreshälfte etwas. Allerdings ist die genaue Aufteilung der Exporte auf Quartale und Halbjahre infolge von Nachmeldungen derzeit schwierig. Vor dem Hintergrund des gegenüber der ersten Jahreshälfte 2006 wohl etwas langsamer gestiegenen Industrieausstoßes in den Handelspartnerländern erscheint es plausibel, dass ein Teil der im vergangenen Quartal verbuchten Exporte tatsächlich bereits in der ersten Jahreshälfte angefallen sind.

bedingten Probleme in den kommenden Jahrzehnten. Bei der Krankenversicherung wird es zu begrenzten Einsparmaßnahmen im Rahmen der „Gesundheitsreform“ kommen, der Beitragssatz dürfte unverändert bleiben.

Abbildung 4:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen 2002–2006^a



^aHalbjahresdaten. Lundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für das Jahr 2007 rechnen wir mit einer etwas ruhigeren Gangart der Exporte. Die Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe waren im Januar zwar deutlich gegenüber dem Vorquartal im Plus, die Exporterwartungen sind aber seit Dezember leicht rückläufig. Dabei dürften die Nachwirkungen der zurückliegenden leichten Aufwertung des Euro vom vergangenen Herbst noch eine Rolle spielen. Hinzu kommt das etwas moderatere Expansionstempo der Weltwirtschaft. Im kommenden Jahr stimuliert zwar die schnellere Gangart der Weltwirtschaft den Export. Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen wird sich aber im Zuge des stärkeren Kosten- und Preisauftriebs leicht verschlechtern, so dass die Exporte alles in allem etwas langsamer ausgeweitet werden als im laufenden Jahr. Im Jahresdurchschnitt steigen sie 2008 mit 6,8 Prozent sogar deutlich langsamer als 2007 (11,0 Prozent).

Die Einfuhr hat sich im Jahr 2006 ebenfalls kräftig erhöht; der Anstieg um 11,1 Prozent übertraf sogar den vormaligen gesamtdeutschen Rekordwert des Jahres 2000 von 10,5 Prozent. Im Schlussquartal wies die Einfuhr mit einer Zunahme von nur 6,5 Prozent (laufende

Jahresrate) – anders als die Ausfuhr – das schon seit Jahren bei Aus- und Einfuhr erkennbare Muster auf, nach dem einem sehr kräftigen Quartal stets ein Quartal mit vergleichsweise schwachem Anstieg folgt. Offenbar spielten Nachmeldungen beim Import keine Rolle. Inwieweit Vorzieheffekte für die Entwicklung im Schlussquartal von Bedeutung waren, lässt sich schwer sagen; der eher moderate Anstieg könnte ein Indiz dafür sein, dass deren Rolle begrenzt war.

Im Prognosezeitraum dürfte die Expansion der Einfuhr an Fahrt gewinnen. Zwar erhält sie weniger Impulse von Seiten der Exporte. Dafür wird die Binnennachfrage deutlich rascher steigen als 2006. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden zulegen, und auch die privaten Konsumausgaben werden spürbar stärker ausgeweitet. Im Jahr 2008 wird die Einfuhr infolge der etwas geringeren Zuwächse bei der Binnennachfrage leicht verlangsamt zunehmen. Alles in allem werden die Importe 2008 um 7,6 Prozent steigen, nach 10,5 Prozent im Jahr 2007.

Die Terms of Trade wurden im vergangenen Jahr erneut maßgeblich durch die Rohstoffpreise beeinflusst. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Deflator der Einfuhr um 3,2 Prozent, während der Deflator der Ausfuhr nur um 0,9 Prozent stieg; die Terms of Trade verschlechterten sich also recht deutlich. Im Verlauf kam der Preisauftrieb bei den Importgütern allerdings nach der Jahresmitte mit der Entspannung an den internationalen Rohstoffmärkten nahezu völlig zum Stillstand, und im vierten Quartal sank der Deflator der Einfuhr merklich. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das Jahr 2007 mit zunächst noch weiter fallenden Importpreisen. Dieser Effekt wird wohl erst in der zweiten Jahreshälfte langsam auslaufen; im Jahresdurchschnitt vermindert sich der Deflator der Einfuhr um 1,3 Prozent. Im kommenden Jahr dürften die Importpreise mit der kräftigeren Expansion der Weltwirtschaft geringfügig steigen (0,3 Prozent). Die Exportpreise waren genauso wie die Importpreise zuletzt rückläufig, wenn auch nur leicht. Offenbar begegneten die Exporteure drohenden Marktanteilsverlusten nach der Aufwertung des Euro vom Herbst durch eine Rücknahme ihrer Preis-

forderungen; außerdem machten sich wohl die geringeren Rohstoffkosten bemerkbar. Im laufenden Jahr werden die Exportpreise, nicht zuletzt bedingt durch die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung, etwas fallen (–0,5 Prozent). Für das kommende Jahr ist aufgrund des spürbaren Lohnauftriebs im Inland sowie der rascheren weltwirtschaftlichen Expansion ein Anstieg der Exportpreise um 1,1 Prozent unterstellt. Die Terms of Trade werden sich dabei im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 0,8 Prozent verbessern.

Binnenkonjunktur bleibt Motor des Aufschwungs

Im vergangenen Jahr wurde erstmals seit 2000 ein deutlicher Anstieg der Binnennachfrage verzeichnet. Die inländische Verwendung erhöhte sich um 1,6 Prozent und trug damit zum ersten Mal seit Jahren mehr zum Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts bei als der Außenbeitrag. Geprägt wurde die Erholung der Binnenkonjunktur durch die sehr kräftige Ausweitung der Anlageinvestitionen. Mit 5,6 Prozent markiert deren letztjähriger Anstieg für den Zeitraum, für den gesamtdeutsche Daten vorliegen, einen Rekordwert. Maßgeblich dafür war, dass neben den Unternehmensinvestitionen – die bereits seit dem Jahr 2004 wieder im Plus sind, im vergangenen Jahr allerdings nochmals ausgeprägter – erstmals seit sechs Jahren auch die Wohnungsbauinvestitionen wieder zulegten. Hinzu kam eine immer noch moderate, im Vergleich zu den schwachen Vorjahren gleichwohl nennenswerte Zunahme der Konsumausgaben der privaten Haushalte (0,8 Prozent).

Im Jahresverlauf schwächte sich die Expansion der Binnennachfrage nach den vorliegenden Daten allerdings deutlich ab. Vor allem die Investitionen expandierten in der zweiten Jahreshälfte langsamer als in der ersten. Dabei dürften Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf, nicht zuletzt aufgrund der nahenden Mehrwertsteuererhöhung, eine wesentliche Rolle gespielt haben. Die privaten Konsum-

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

ausgaben stiegen zwar im dritten Quartal recht kräftig (3,0 Prozent, laufende Jahresrate), im vierten legten sie aber – mit 1,3 Prozent – weniger stark zu als vielfach angesichts der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung erwartet worden war. Hierbei spielte der angesichts der konjunkturellen Situation überraschend schwache Anstieg der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte eine Rolle.

Im laufenden Jahr wird die Binnenkonjunktur schwungvoll bleiben und die wesentliche Stütze des Aufschwungs sein. Im kommenden Jahr wird sie mit merklich niedrigeren Raten expandieren. Im Jahresdurchschnitt 2007 wird die Binnennachfrage voraussichtlich mit 2,0 Prozent und damit nur wenig rascher zunehmen als im vergangenen Jahr; für das kommende Jahr rechnen wir bedingt auch durch das hohe Niveau zu Jahresbeginn mit einem Anstieg um 2,4 Prozent.

Die *Unternehmensinvestitionen* werden im laufenden Jahr beschleunigt ausgeweitet. Die Absatzerwartungen der Unternehmen sind deutlich aufwärts gerichtet, und angesichts der hohen Kapazitätsauslastung gewinnt das Erweiterungsmotiv bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen an Gewicht. Begünstigt werden die Investitionen durch die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen. Hinzu kommt im laufenden Jahr ein Sondereffekt: Da die Möglichkeit, Ausrüstungen steuerlich günstig degressiv abzuschreiben, ab dem kommenden Jahr entfällt, besteht ein Anreiz, Investitionen noch 2007 zu tätigen. Im kommenden Jahr fällt der Anstieg der Investitionen entsprechend schwächer aus. Zudem wirken dann die gestiegenen Zinsen und der erhöhte Lohnauftrieb dämpfend auf die Investitionsbereitschaft. Für den Jahresdurchschnitt 2008 erwarten wir eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen um 5,0 Prozent, nach 8,1 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 3).

Der Anstieg der *Wohnungsbauinvestitionen* im vergangenen Jahr dürfte zu einem nicht unerheblichen Teil durch Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Wegfall der Eigenheimzulage und der Erhöhung der Mehrwertsteuer bedingt gewesen sein. Seit Herbst vergangenen Jahres sind die Bauaufträge und die Baugeneh-

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2005–2008 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
Anlageinvestitionen	0,8	5,6	5,6	4,0
Unternehmensinvestitionen	4,1	6,4	8,1	5,0
Ausrüstungen	6,1	7,3	7,9	4,1
Sonstige Anlagen	4,7	5,9	10,3	4,6
Wirtschaftsbau	-1,8	3,9	7,9	7,4
Wohnungsbau	-4,0	4,0	0,3	1,6
Öffentlicher Bau	-5,9	5,8	5,3	5,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-3,6	4,2	3,4	4,1
^a Prognose.				

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

migungen rückläufig, und die Geschäftserwartungen der Wohnungsbauunternehmen haben sich eingetrübt. Wir erwarten vor diesem Hintergrund einen spürbaren Rückgang der Wohnungsbautätigkeit im ersten Quartal 2007 und eine nur sehr mäßige Aktivität im weiteren Prognosezeitraum. Im Durchschnitt des laufenden Jahres werden die Wohnungsbauinvestitionen voraussichtlich nahezu stagnieren (0,3 Prozent), für das kommende Jahr rechnen wir – vor allem wegen der verbesserten Einkommenslage der privaten Haushalte – mit einem leichten Anstieg (1,6 Prozent).

Die Aussichten für die *Konsumausgaben der privaten Haushalte* sind derzeit deutlich günstiger als noch vor einem halben Jahr. Für das laufende Jahr impliziert die Entspannung bei den Energiepreisen einen spürbaren realen Einkommensgewinn der privaten Haushalte. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung deutlich stärker wächst als damals absehbar; selbst gegenüber unserer Prognose vom vergangenen Dezember stellen sich die Beschäftigungsperspektiven heute günstiger dar. Zudem wird der Lohnanstieg wohl stärker ausfallen als im Dezember unterstellt. Begünstigt auch durch die Entlastung bei den Beiträgen zur Sozialversicherung steigen die Nettolöhne und -gehälter im laufenden Jahr um 3,9 Prozent. Bei einer gegenüber dem Vorjahr etwas verlangsamt Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 5,4

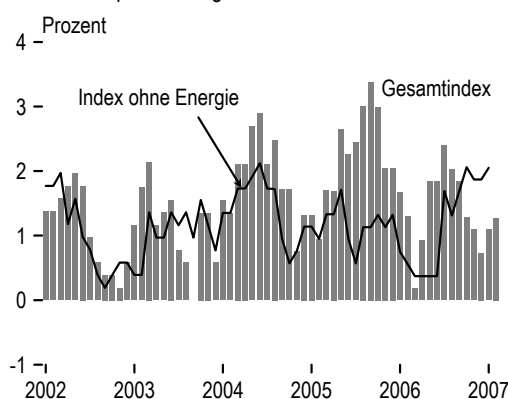
Prozent ergibt sich für das laufende Jahr eine Expansion der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 2,8 Prozent; real legen sie um 1,2 Prozent zu. Die Sparquote dürfte etwas anziehen, zum einen als Reaktion auf die Abnahme im Vorjahr im Zuge der vorgezogenen Konsumgüterkäufe, zum anderen wird ein Teil der kräftigen Einkommenszuwächse wohl als vorübergehend eingestuft werden. Alles in allem werden sich die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,1 Prozent erhöhen; dabei ist ein leichter Rückgang im ersten Quartal unterstellt.

Im kommenden Jahr wird die Beschäftigung weiter kräftig zunehmen. Bei abermals beschleunigt steigenden Tarif- und Effektivlöhnen fällt der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter deutlich stärker aus als im laufenden Jahr. Netto ist der Unterschied gegenüber dem Vorjahr geringer, da es anders als 2007 nicht zu nennenswerten Entlastungen bei den Sozialabgaben kommt. Angesichts etwas rascher expandierender Gewinneinkommen fällt die Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit real 2,2 Prozent spürbar kräftiger aus als im Jahr 2007. Bei annahm gemäß unveränderter Sparquote werden die privaten Konsumausgaben im gleichen Tempo ausgeweitet.

Preisaufrtrieb beschleunigt sich

Die Verbraucherpreise sind aufgrund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zu Beginn des Jahres deutlich gestiegen. Waren sie im Dezember noch um 0,1 Prozent gesunken, zogen sie im Januar mit einer Rate von 0,5 Prozent an; im Februar kam es nur noch zu geringen Preiserhöhungen (Abbildung 5). Damit blieb der Preisaufrtrieb zu Jahresbeginn zwar hinter den Erwartungen zurück. Da die Unternehmen die Preise jedoch bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres teilweise angehoben hatten, dürften die Verbraucherpreise bedingt durch die Mehrwertsteuererhöhung bisher um

Abbildung 5:
Verbraucherpreisanstieg 2002–2007^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

insgesamt etwa 0,7–1,0 Prozentpunkte gestiegen sein (Kasten 1) und damit in dem Ausmaß, das von uns erwartet worden war (vgl. Boss et al. 2006a).

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Preisaufrtrieb beschleunigen. Zwar gehen von den Energiepreisen, die den Verbraucherpreisanstieg in den vergangenen Jahren maßgeblich bestimmt haben, angesichts unserer Annahme eines konstanten Ölpreises von 58 US-Dollar sowie eines Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,30 keine preiserhöhenden Wirkungen aus; voraussichtlich wird der zurückliegende Rückgang der Energiepreise den Preisaufrtrieb in der ersten Hälfte des laufenden Jahres sogar noch etwas dämpfen. Allerdings bestehen angesichts des kraftvollen Aufschwungs binnenwirtschaftliche Risiken für die Stabilität der Verbraucherpreise. Vor allem werden die Lohnkosten der Unternehmen in diesem und vor allem im folgenden Jahr deutlich schneller steigen als in den zurückliegenden Jahren, und es ist zu erwarten, dass angesichts der steigenden gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung die Unternehmen diesen Kostenanstieg in die Preise überwälzen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir ab der zweiten Jahreshälfte 2007 eine Beschleunigung des Preisaufrtriebs. Im Jahresdurchschnitt werden die

Kasten 1:

Zu den Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucherpreise

Im Folgenden soll untersucht werden, ob die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Verbraucherpreisentwicklung seit Mitte vergangenen Jahres beeinflusst hat. Als Instrument dient eine einfache ökonometrische Schätzgleichung, mit der simuliert werden kann, wie sich der Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Beschluss zur Erhöhung der Mehrwertsteuer im Frühjahr 2006 vermutlich entwickelt hätte, wenn es diesen Beschluss nicht gegeben hätte.

Als Indikator für den Preisanstieg würden wir idealerweise einen Index verwenden, aus dem Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie Mieten herausgerechnet sind, da diese nicht mit dem Regelsatz der Mehrwertsteuer belastet sind.^a Allerdings wären in einem solchen Preisaggregat auch die starken Schwankungen der Energiepreise enthalten. Dies könnte die Identifizierung des Mehrwertsteuereffekts erschweren. Daher rechnen wir zusätzlich noch die Energiekosten der Verbraucher für Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie für Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge heraus. Im ersten Schritt der Analyse akzeptieren wir dabei, dass die Auswirkungen der Mehrwertsteueranhebung über die Energiepreise unberücksichtigt bleiben. Diese werden nachträglich addiert.

Für das so definierte Preisaggregat schätzen wir das folgende Modell mit Daten von Anfang 1995 bis Mai 2006 (heteroskedastie-robuste *t*-Statistiken in Klammern):

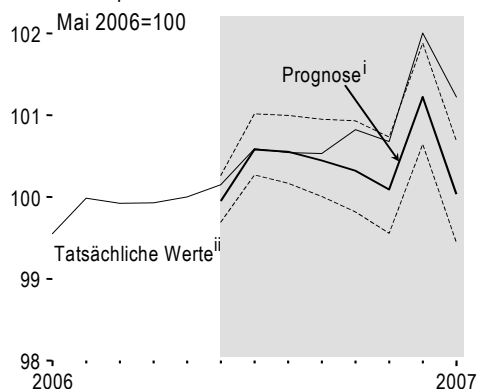
$$\Delta p_t = 0,38 - 0,34 \Delta p_{t-1} + 0,50 \Delta p_{t-12} + 0,07 \Delta p_{t-6}^A - 0,07 \Delta p_{t-7}^A - 0,13 \Delta p_{t-9}^A \cdot I(2001:8) + 0,57 \text{Tabak}_t + 0,83 \text{Gesundheit}_t$$

(5,1) (4,7) (6,7) (2,2) (2,1) (3,9)
(4,2) (3,4)

T: Juni 1996–Mai 2006, \bar{R}^2 : 0,78, *DW*: 2,17, *LM*(12): 0,54.

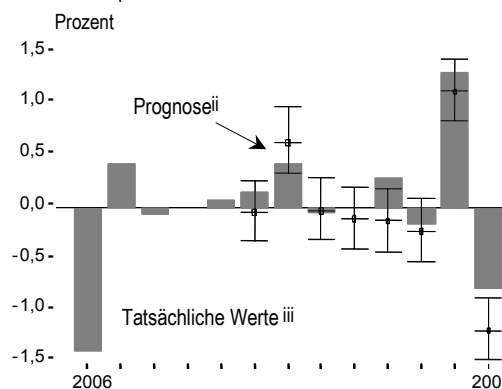
Hierbei steht *p* für den Logarithmus des Preisniveaus und Δ für die Differenz zum Vormonat. p^A bezeichnet den Logarithmus des effektiven ausländischen Preisniveaus, das sich durch Division des durch die Deutsche Bundesbank berechneten Indikators der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch den Verbraucherpreisindex errechnen lässt. *I*(2001:8) ist eine Indikatorfunktion, die den Wert eins für den Zeitraum vor August 2001 annimmt und null für den Zeitraum danach. *Tabak* ist eine Dummy-Variable, die die Effekte der drei letzten Tabaksteuererhöhungen (März 2004, Dezember 2004 und September 2005) einfängt, *Gesundheit* eine Dummy-Variable, die die Preiseffekte der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2004 erfassen soll. Außer den genannten Variablen enthält die Funktion elf Saisondummys. Mit dieser Funktion wurden Prognosen für den Zeitraum Juni 2006 bis Januar 2007 gemacht. Dabei wurden die Konfidenzbänder über ein Bootstrap-Verfahren berechnet (vgl. Borbély und Meier 2005).

Abbildung K1:
Effekt der Mehrwertsteueranhebung auf das Niveau der Verbraucherpreise 2006–2007



ⁱInklusive 90-Prozent-Konfidenzintervall (gepunktete Linie). —
ⁱⁱVerbraucherpreise ohne Energie, Nahrungsmittel und Mieten.

Abbildung K2:
Effekt der Mehrwertsteueranhebung auf den Anstieg der Verbraucherpreise 2006–2007ⁱ



ⁱVeränderung gegenüber dem Vormonat. — ⁱⁱInklusive 90-Prozent-Konfidenzintervall. — ⁱⁱⁱVerbraucherpreise ohne Energie, Nahrungsmittel und Mieten.

Es zeigt sich, dass das Preisniveau im Januar 2007 um 1,2 Prozent über dem vom Modell prognostizierten Wert lag; diese Abweichung ist statistisch signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent (Abbildung K1).

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

Etwa ein Drittel des Effekts beruht auf bereits 2006 vorgenommenen Preiserhöhungen. Vor allem im Oktober zogen die Preise signifikant rascher an, als es normalerweise zu erwarten gewesen wäre (Abbildung K2). Im Dezember war der Preisanstieg ebenfalls stärker als normal, allerdings nicht signifikant. Im Januar gingen die Preise dann signifikant weniger stark zurück als nach dem üblichen Muster hätte erwartet werden müssen. Unter Berücksichtigung des Effekts über die Energiepreise, die mit einem Gewicht von 8,1 Prozent in den Warenkorb eingehen, ergibt sich für den gesamten Verbraucherpreisindex ein Effekt zwischen 0,7 Prozentpunkten (unter der Annahme keiner Überwälzung bei den Energiepreisen) und 1,0 Prozentpunkten (bei vollständiger Überwälzung bei den Energiepreisen).

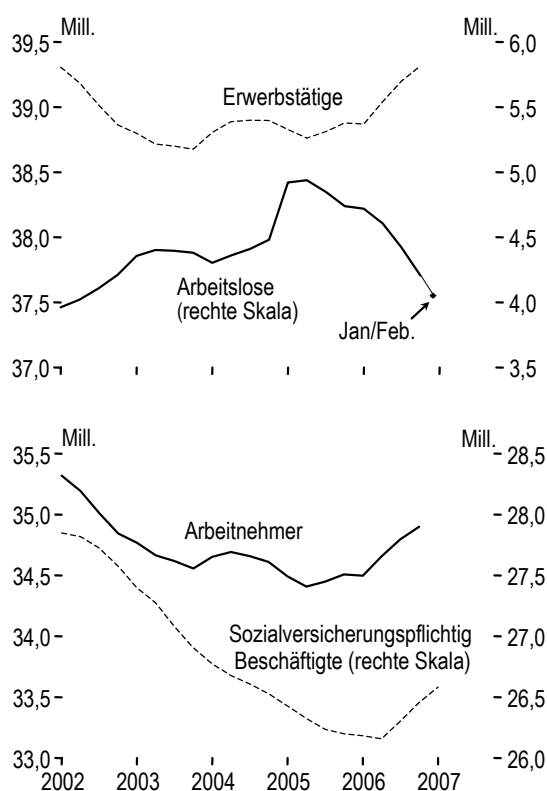
^aDie Auswirkungen höherer Vorleistungspreise auf die Mieten werden dabei freilich vernachlässigt.

Verbraucherpreise im Jahr 2007 voraussichtlich um 1,5 Prozent steigen. Für das Jahr 2008 rechnen wir mit einem Anstieg um 1,9 Prozent.

Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der kräftige Aufschwung spiegelt sich in einer deutlichen Zunahme der Beschäftigung wider (Abbildung 6). Zwar stieg die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal nur noch um 121 000 Personen, nach 159 000 Personen im Vorquartal. Dies deutet allerdings nicht auf eine geringere konjunkturelle Dynamik hin; es ist zu berücksichtigen, dass die geförderte Erwerbstätigkeit zum Jahresende um knapp 16 000 Personen reduziert wurde, nachdem sie im dritten Quartal noch um knapp 19 000 Personen zugenommen hatte. Vor allem setzte sich der starke Aufwärtstrend bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fort. Der Beschäftigungsaufbau ist im Wesentlichen auf den Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen, zu denen die Arbeitnehmerüberlassung zählt, zurückzuführen. Im Dezember 2006 waren in diesem Bereich 252 000 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahresmonat; die Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug im gleichen Zeitraum 452 000. Dies deutet darauf hin, dass die erhöhte Flexibilität des Arbeitseinsatzes in der Produktion Beschäftigungsgewinne verspricht. Die geringfügige Beschäftigung ging im Verlauf des zweiten Halbjahres zurück, dies ist allerdings nicht konjunkturell, sondern dadurch bedingt, dass die Pauschalabgabe der Arbeitgeber

Abbildung 6:
Arbeitsmarkt 2002–2007^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4* (Ifd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.).

zum 1. Juli 2006 erhöht wurde. Im Jahresdurchschnitt 2006 stieg die Erwerbstätigkeit im Inland insgesamt um 283 000 Personen auf 39,1 Mill. Personen.⁸ Die Besserung am Arbeitsmarkt hat sich zum Jahresbeginn fortge-

⁸ Damit fiel der Anstieg um gut 50 000 Personen höher aus als prognostiziert, vor allem weil die bis dahin vorliegenden Erwerbstätigenzahlen nach oben revidiert wurden.

setzt. So stieg die Erwerbstätigkeit auch im Januar weiter spürbar. Die Arbeitslosenquote ging bis Februar auf 9,3 Prozent zurück. Allerdings ist der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Teil durch die milde Witterung bedingt.⁹

Die positive Entwicklung ist nicht zuletzt auf den sehr moderaten Lohnanstieg der vergangenen Jahre (vgl. hierzu auch Dovern und Meier 2007) zurückzuführen. Auch im Jahr 2006 haben die Tariflöhne nur geringfügig zugenommen; auf Stundenbasis betrug ihr Anstieg lediglich 1,1 Prozent, effektiv ergab sich sogar nur ein Plus von 0,8 Prozent. In diesem Jahr dürften die Tariflöhne allerdings deutlich stärker zulegen. So hat die IG Metall ihre Forderung im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 6,5 Prozent erhöht.¹⁰ Auch in anderen bedeutenden Bereichen, wie dem Bauhauptgewerbe, der Chemischen Industrie und dem Einzelhandel, stehen Lohnverhandlungen an. Vor dem Hintergrund der hohen Auftragsbestände der Unternehmen und der starken Auslastung der Produktionskapazitäten muss die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer als außerordentlich gut eingestuft werden. Wir rechnen für die Metall- und Elektroindustrie mit einem Abschluss oberhalb der 4-Prozent-Marke. Für die Gesamtwirtschaft erwarten wir – nicht zuletzt weil der niedrige Tariflohnanstieg im öffentlichen Dienst bis zum Jahresende fixiert ist – eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne um 2,4 Prozent. Die Effektivlöhne werden voraussichtlich im gleichen Maße zunehmen, die Lohndrift wird also erstmals seit 2001 nicht mehr negativ sein.¹¹

⁹ Möglicherweise hat auch das neue Saison-Kurzarbeitergeld die positive Entwicklung begünstigt. Kurzarbeiter sind weiter beschäftigt und werden nicht als arbeitslos geführt. Im Dezember stieg deren Zahl gegenüber November deutlich, um 27 000 auf 63 000. Im Durchschnitt schlägt sich die Zunahme nur zu etwa 50 Prozent in einem geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Des Weiteren hat laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus zum Rückgang beigetragen.

¹⁰ Ähnliches gilt für die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten.

¹¹ Die Lohndrift ist hier definiert als Differenz zwischen der Zuwachsrate der Bruttolohn- und Gehalts-

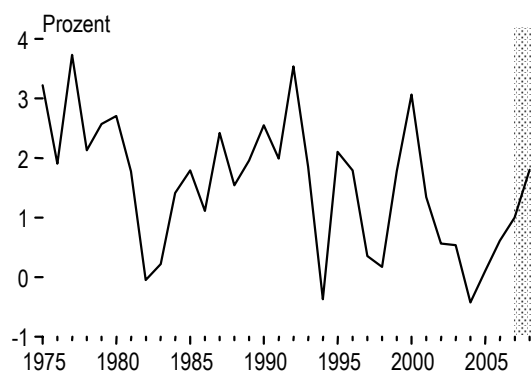
In den vergangenen Jahren sind die Effektivlöhne durch den Abbau übertariflicher Leistungen sowie durch die starke Zunahme der geringfügigen Beschäftigung und der „Ein-Euro-Jobs“ nach unten gedrückt worden sein. Die Kürzung übertariflicher Leistungen dürfte angesichts der steigenden Knappheiten zum Stillstand gekommen sein; für den Prognosezeitraum ist sogar ein Anstieg dieser Leistungen zu erwarten. Zudem wird sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten und der „Ein-Euro-Jobs“ an den Erwerbstätigen insgesamt verringern. Beide Aspekte lassen erwarten, dass die Entwicklung der Effektivverdienste nicht länger hinter der der tariflich vereinbarten Verdienste zurückbleibt. Für das Jahr 2008 rechnen wir sogar mit einer deutlich positiven Lohndrift. Der Anstieg der Tariflöhne wird sich zwar weiter beschleunigen (auf 3,0 Prozent), auch weil es im öffentlichen Dienst zu einer spürbaren Lohnerhöhung kommen wird. Angesichts des weiter kräftigen Produktionsanstiegs werden die Unternehmen aber zudem übertarifliche Leistungen gewähren müssen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Der Anstieg der Effektivlöhne je Stunde wird damit stärker ausfallen als der Tariflohnanstieg.

Trotz des stärkeren Lohnanstiegs wird die Beschäftigung im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Im laufenden Jahr wird die Zunahme der Arbeitskosten dadurch gedämpft, dass die Beiträge zur Sozialversicherung um 1,3 Prozentpunkte gesenkt wurden. Die Effektivlöhne je Stunde steigen zwar um 2,5 Prozent, die Arbeitskosten ziehen aber voraussichtlich um nur 1,9 Prozent an. Angesichts eines erwarteten Anstiegs des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 1,5 Prozent bedeutet dies eine reale Erhöhung in der Größenordnung des vergangenen Jahres. Im kommenden Jahr steigen die Arbeitskosten nominal um 3,5 Prozent, real erhöhen sie sich aber nur um 1,6 Prozent. Damit geht die Periode rückläufiger oder stagnierender Arbeitskosten, die 2004 eingesetzt hatte, zu Ende. Die höhere Arbeitskostenzunahme impliziert einen stärkeren Preisanstieg – der Deflator

summe je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer und dem Anstieg der Tariflöhne auf Stundenbasis.

des Bruttoinlandsprodukts erhöht sich voraussichtlich um 1,9 Prozent –, der seinerseits über eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Ausland sowie über eine Zinserhöhung seitens der EZB die Produktionsausweitung und damit die Zunahme der Arbeitsnachfrage im Jahr 2008 dämpft. Gelänge es, den Anstieg der Arbeitskosten auch 2008 auf dem Niveau der Vorjahre zu halten, würden Beschäftigung und reales Bruttoinlandsprodukt wohl stärker steigen als in unserer Prognose. Gleichwohl wird bei dem für 2008 erwarteten Anstieg der Arbeitskosten die Beschäftigung weiter zunehmen, denn die Arbeitsproduktivität dürfte konjunkturbereinigt etwa mit derselben Rate steigen. Auch im Vergleich zu früheren konjunkturellen Höhepunkten, etwa der Jahre 1991/1992 oder 2000/2001, nimmt sich der Lohnanstieg im Jahr 2008 real gerechnet noch moderat aus (Abbildung 7). Hintergrund dieser erwarteten Entwicklung ist unsere Annahme, dass jene Faktoren, die in den vergangenen Jahren auf eine Mäßigung des Lohnanstiegs hingewirkt haben – zu nennen wären hier insbesondere die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Ausweitung der Zeitarbeit und der Trend zur Verlagerung der Produktion an kostengünstigere internationale Standorte – im Prognosezeitraum fortwirken.

Abbildung 7:
Reale effektive Stundenlöhne 1975–2008^a



^aBruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtenstunde. Anstieg gegenüber dem Vorjahr. 2007 und 2008 Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Erwerbstätigkeit wird im Verlauf des Jahres 2007 – getragen von der weiterhin hohen Produktionsdynamik und der relativ moderaten Arbeitskostenentwicklung – weiter spürbar zunehmen. Darauf deutet auch die Zahl der offenen Stellen hin; diese ist zwar zuletzt leicht gesunken, sie befindet sich aber noch immer auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Auch das „Beschäftigungsbarometer“ des ifo Instituts für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands blieb – trotz des leichten Rückgangs im Februar – auf einem hohen Niveau und deutet auf einen Fortgang des Beschäftigungsaufbaus hin. Im Jahresdurchschnitt 2007 dürfte die Erwerbstätigkeit um reichlich 1 Prozent zunehmen. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird sich beschleunigen. Die Zahl der Selbständigen wird nur leicht verstärkt steigen, auch deshalb, weil sich die Aussichten, eine abhängige Beschäftigung zu finden, weiter verbessern.¹² Das Arbeitsvolumen (Abbildung 8) wird – bedingt durch den Anstieg der Erwerbstätigkeit – in diesem Jahr verstärkt zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird deutlich beschleunigt zurückgehen (Tabelle 4). Die systematische Überprüfung des Arbeitslosenstatus durch die Arbeitsagenturen dürfte weiter fortgesetzt werden. Dies führt dazu, dass der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit stärker ausfallen wird als die Zunahme der Beschäftigung. Für das Jahr 2008 erwarten wir bei einem nochmals kräftigen Produktionsanstieg einen ähnlich starken Anstieg der Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei in ähnlichem Umfang zurückgehen.

¹² Die Zahl der geförderten Selbständigen dürfte infolge der Neugestaltung der staatlichen Förderpolitik weiter sinken. Die Zunahme der Zahl der mit dem neuen Gründungszuschuss geförderten Personen ist deutlich niedriger als der Rückgang der Zahl der mit Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld geförderten Personen. Vgl. hierzu Boss et al. (2006b: 48).

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2005–2008 (1 000 Personen)

	2005	2006	2007 ^a	2008 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 106	39 573	40 068
Selbständige ^b	4 356	4 392	4 442	4 498
davon gefördert ^{c,d}	322	299	247	272
Arbeitnehmer (Inland)	34 467	34 714	35 131	35 570
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	26 229	26 375	26 777	27 050
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 771	4 795	4 783	4 886
Pendlersaldo	97	90	95	95
Erwerbstätige (Inländer)	38 726	39 016	39 477	39 972
Arbeitnehmer (Inländer)	34 370	34 624	35 035	35 474
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 804	56 152	56 747	57 442
Registrierte Arbeitslose	4 861	4 487	3 737	3 374
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	11,7	10,8	8,8	8,0
Erwerbslosenquote ^f	9,1	8,1	6,9	6,2
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 681	31 894 ^g	32 299	32 703
Registrierte Arbeitslose	3 247	3 007	2 504	2 261
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	9,9	9,1	7,6	6,8
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 142	7 187 ^g	7 273	7 365
Registrierte Arbeitslose	1 614	1 480	1 233	1 113
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	18,7	17,3	14,7	13,3

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cExistenzgründungszuschuss („Ich-AG“), Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld und ab 1. August 2006: Gründungszuschuss. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. — ^gDie Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen steht noch aus.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (Ifd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (Ifd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2007); eigene Schätzungen und Prognosen.

Abbildung 8:
Arbeitsvolumen 2002–2008^a
Mrd. Stunden



^aGeleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen, arbeitstäglich- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (Ifd. Jgg.).

Ausblick: Die Produktion steigt etwas langsamer, doch die Kapazitätsauslastung nimmt vorerst noch zu

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland wird sich im laufenden Jahr fortsetzen. Allerdings wird das Expansionstempo im Jahresverlauf nicht mehr ganz so hoch sein wie im Jahr 2006, da die Impulse von der Geldpolitik nachlassen und die Finanzpolitik bremst; auch wird die Exportdynamik geringer sein als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr wird der Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung den Konjunkturverlauf prägen. So dürften die privaten Konsumausgaben sowie die Wohnungsbauinvestitionen im ersten Quartal niedriger ausfallen als

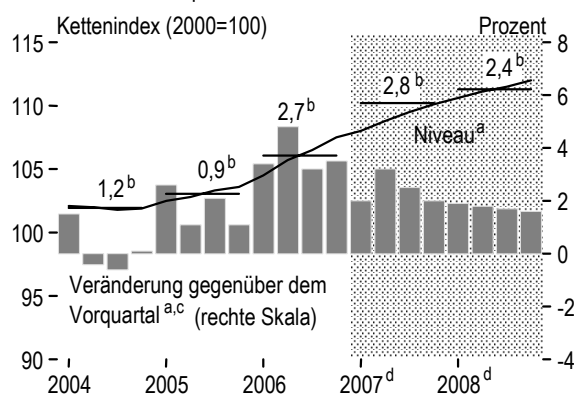
Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

zuvor, da Käufe in das Jahr 2006 vorgezogen wurden. Als Reaktion darauf wird der Anstieg im folgenden Quartal sehr kräftig ausfallen (Tabelle 5). Auch im zweiten Halbjahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion rascher expandieren als das Produktionspotential. Stützend wirkt dabei, dass die Unternehmen ihre Investitionen nochmals kräftig ausweiten, auch um die günstigen Abschreibungsbedingungen, die ab dem Jahr 2008 nicht mehr gelten, auszunutzen. Der private Konsum wird deutlich zunehmen, weil sich die Arbeitsmarktlage erheblich verbessert und die real verfügbaren Einkommen spürbar steigen. Auch dürften die Konsumenten die mittelfristigen Einkommensaussichten etwas optimistischer einschätzen. Alles in allem wird der maßgebliche Impuls für den Aufschwung wie schon im Vorjahr von der Binnennachfrage kommen. Dagegen bleibt die Dynamik bei der Ausfuhr verhalten, da sich die Konjunktur bei den Handelspartnern etwas verlangsamt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 2,8 Prozent zunehmen (Abbildung 9). Die Zahl der Arbeitslosen verringert sich im Jahresdurchschnitt um

rund 700 000 auf 3,74 Millionen und bleibt damit erstmals seit dem Jahr 2001 unter der 4-Millionen-Marke. Die Verbraucherpreise dürften um 1,5 Prozent zulegen.

Abbildung 9:

Reales Bruttoinlandsprodukt 2004–2008^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2007 I: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (I. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (I. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 5:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008^a

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	3,4	4,8	3,2	3,5	2,0	3,2	2,5	2,0	1,9	1,8	1,7	1,6
Private Konsumausgaben	3,3	-0,4	3,0	1,3	-2,0	4,2	3,2	1,8	1,7	1,7	1,5	1,0
Konsumausgaben des Staates	9,8	-3,9	2,9	-0,5	1,1	1,5	1,5	1,2	0,9	1,0	1,0	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	13,6	12,4	1,1	2,1	9,3	10,3	15,3	12,0	-13,0	9,0	4,3	4,3
Bauinvestitionen	-9,3	25,4	7,3	5,1	-6,7	6,1	3,5	2,5	3,4	2,4	1,5	1,5
Sonstige Anlagen	5,0	7,3	4,9	11,3	9,5	9,0	8,0	10,0	-2,0	5,0	4,5	4,5
Vorratsveränderungen ^c	-1,6	1,9	-1,8	-6,2	3,4	2,3	1,1	-0,8	0,5	-0,8	-0,4	-0,2
Inländische Verwendung	2,5	4,4	1,4	-5,0	2,9	6,8	5,3	1,7	0,8	1,3	1,2	1,2
Ausfuhr	19,7	2,8	19,3	26,4	7,0	6,0	6,0	7,0	7,0	6,5	5,5	4,5
Einfuhr	19,2	1,5	16,8	6,5	10,0	15,0	13,0	7,0	6,0	6,0	5,0	4,0
Außenbeitrag ^c	1,2	0,6	1,9	8,4	-0,4	-2,6	-1,9	0,7	1,2	1,0	0,8	0,7
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	34 496	34 656	34 797	34 899	35 004	35 074	35 149	35 249	35 369	35 484	35 599	35 699
Arbeitslose ^d	4 719	4 605	4 420	4 204	3 907	3 787	3 692	3 577	3 478	3 388	3 348	3 308

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (I. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Im Jahr 2008 wird die Konjunktur in eine kritische Phase kommen. Der Auslastungsgrad wird nochmals höher und die Arbeitslosigkeit wird erheblich niedriger sein als heute. Vor diesem Hintergrund ist auf Basis der Erfahrungen in der Vergangenheit zu erwarten, dass sich der Kostenanstieg von der Lohnseite verstärkt, da Arbeitskräfte zunehmend knapper werden. Sowohl die Tariflöhne als auch die Effektivlöhne werden nach unserer Einschätzung stärker anziehen als im Jahr 2007. Insbesondere wegen des zunehmenden Kostendrucks dürften die Verbraucherpreise beschleunigt steigen. Der höhere Kostenauftrieb beeinträchtigt auch die Unternehmensgewinne, und die Rentabilität von Investitionen geht zurück. Schließlich büßt Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland ein.

Die Inflationsrate in Deutschland wird im Jahr 2008 voraussichtlich erstmals seit Bestehen der Währungsunion so hoch sein wie im übrigen Euroraum. Dies ist insofern nicht überraschend, als sich die konjunkturelle Expansion hierzulande besonders stark beschleunigt hat; im Jahr 2006 war das Expansionstempo sogar höher als im übrigen Euroraum, und im laufenden Jahr wird es ähnlich kräftig sein wie in den anderen Ländern. Hingegen war der Produktionszuwachs in Deutschland in den Jahren 2000–2005 um rund einen Prozentpunkt pro Jahr hinter dem im übrigen Euroraum zurückgeblieben; auch war die Inflationsrate deutlich niedriger, nicht zuletzt weil die Lohnstückkosten langsamer stiegen als in den anderen Ländern.

Der größere Preisauftrieb führt auch dazu, dass die Notenbankzinsen stärker angehoben werden. Nicht nur in Deutschland wird die Kapazitätsauslastung hoch sein, sondern auch im Euroraum insgesamt. Die EZB wird versuchen, durch eine straffere Politik eine positive Produktionslücke zu vermeiden oder zu verringern, auch um Risiken für die Preisniveaustabilität vorzubeugen. In unserer Prognose unterstellen wir, dass die EZB den maßgeblichen Leitzins in diesem Jahr auf 4,25 Prozent erhöht und ihn 2008 auf dem Niveau, das oberhalb des neutralen Niveaus liegt, belässt. Durch die höheren Zinsen wird die Nachfrage gedämpft.

Alles in allem wird sich die konjunkturelle Expansion 2008 spürbar verlangsamen, die Zuwachsraten im Jahresverlauf hinter der Wachstumsrate des Produktionspotentials zurückbleiben. Dabei dürften die Impulse aus dem Ausland nur moderat sein. Zwar wird die Weltwirtschaft etwas rascher expandieren, vor allem da die Schwächephase in den Vereinigten Staaten überwunden wird; aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure wird sich aufgrund der verstärkten Kostenauftriebs etwas verschlechtern. Die Inlandsnachfrage dürfte verhaltener als in diesem Jahr zunehmen, auch weil die Unternehmensinvestitionen nach dem Wegfall der günstigen Abschreibungsregeln beeinträchtigt werden. Im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts gleichwohl mit 2,4 Prozent relativ hoch ausfallen (Tabelle 6); dies ist zum einen bedingt durch einen hohen statistischen Überhang am Ende des Jahres 2007, zum anderen durch einen großen positiven Arbeitstageeffekt (0,3 Prozentpunkte). Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt wird sich fortsetzen, doch lässt die Beschäftigungsdynamik nach. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt um knapp 500 000 auf rund 3,3 Millionen sinken. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich um 1,9 Prozent steigen.

Bei dieser Prognose sind die Risiken nach oben und nach unten etwa gleich verteilt. Für das laufende Jahr reicht die Spanne, in der die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, von 1,7 bis 3,9 Prozent (Abbildung 10). Eine Unsicherheit ergibt sich daraus, dass die konjunkturelle Lage zu Beginn dieses Jahres schwer einzuschätzen ist. Dies hat auch mit den Vorzieheffekten und entsprechend mit den Konsequenzen für den Start in das laufende Jahr zu tun. Die konjunkturelle Dynamik kann durchaus höher sein, als es in einigen Frühindikatoren zum Ausdruck kommt. Wenn man die Daten bezüglich der Lagerinvestitionen im vierten Quartal 2006 berücksichtigt, sollte die Produktion im ersten Quartal kräftig anziehen, denn die Unternehmen müssten bestrebt sein, die Lager wieder rasch aufzufüllen, zumal die Auftragsbestände immer noch sehr hoch sind.

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

Tabelle 6:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005–2008

	2006	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,9	2,7	2,8	2,4
Private Konsumausgaben		0,1	0,8	1,1	2,2
Konsumausgaben des Staates		0,6	1,8	0,9	1,1
Anlageinvestitionen		0,8	5,6	5,6	4,0
Ausrüstungsinvestitionen		6,1	7,3	7,9	4,1
Bauinvestitionen		-3,6	4,2	3,4	4,1
Sonstige Anlagen		4,7	5,9	10,3	4,6
Vorratsveränderung ^b		0,1	-0,2	0,1	0,1
Inländische Verwendung		0,5	1,6	2,0	2,4
Ausfuhr		6,9	12,5	11,0	6,8
Einfuhr		6,5	11,1	10,5	7,6
Außenbeitrag ^b		0,5	1,1	0,8	0,1
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 307,2	1,5	3,0	4,3	4,3
Private Konsumausgaben	1 348,7	1,4	2,1	2,8	4,1
Konsumausgaben des Staates	426,6	1,1	1,7	1,8	3,2
Anlageinvestitionen	411,5	0,7	6,3	6,9	4,6
Ausrüstungsinvestitionen	169,6	5,0	6,4	7,4	4,4
Bauinvestitionen	202,3	-2,7	6,7	6,5	5,1
Sonstige Anlagen	25,9	2,1	3,0	7,7	2,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-2,2	-2,6	-2,2	-3,3	-2,9
Inländische Verwendung	2 184,5	1,4	2,8	3,3	4,0
Ausfuhr	1 035,7	8,1	13,5	10,5	8,0
Einfuhr	913,0	8,6	14,7	9,1	7,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	122,7	116,0	122,7	148,5	161,1
Bruttonationaleinkommen	2 318,8	1,8	3,1	4,3	4,3
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	0,3	1,5	1,9
Private Konsumausgaben		1,3	1,3	1,6	1,9
Konsumausgaben des Staates		0,5	-0,1	0,9	2,1
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-0,8	-0,5	0,3
Bauinvestitionen		0,9	2,4	3,0	0,9
Sonstige Anlagen		-2,5	-2,7	-2,4	-2,0
Ausfuhr		1,1	0,9	-0,5	1,1
Einfuhr		1,9	3,2	-1,3	0,3
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		2,0	1,7	1,5	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		1,5	3,3	3,8	5,1
Arbeitnehmerentgelte		-0,7	1,4	2,9	4,7
in Prozent des Volkseinkommens		67,4	66,2	65,6	65,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		6,2	7,3	5,4	6,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,7	1,8	2,8	4,0
Sparquote		10,6	10,5	10,6	10,6
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	0,1	-2,9	0,4
Produktivität ^d		1,3	2,0	1,7	1,2
Arbeitslose (1 000)		4 861	4 487	3 737	3 374
Arbeitslosenquote (Prozent)		11,7	10,8	8,8	8,0
Erwerbstätige ^e (1 000)		38 823	39 106	39 575	40 068
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-72,6	-39,5	-17,4	-12,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-3,2	-1,7	-0,7	-0,5
Schuldenstand ^f		67,9	67,9	65,8	63,7

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Abbildung 10:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2007–2008^a



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf historischen Prognosefehlern aus den ersten Quartalen 1994–2006).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Dafür, dass dies geschieht, spricht auch die hohe Beschäftigungsdynamik. Allerdings beurteilten die Unternehmen ihre Lage zu Jahresbeginn offenbar nicht mehr so günstig. Auch deshalb haben wir den Produktionsanstieg für das erste Quartal etwas geringer angesetzt, als er andernfalls zu erwarten gewesen wäre. Wird diese Prognose übertroffen, wäre die konjunkturelle Dynamik in diesem Jahr etwas höher.

Abwärtsrisiken bestehen bei der Konjunktur im Ausland. In den Vereinigten Staaten zeigten einige Indikatoren zuletzt deutlich nach unten. Sollten die Bremswirkungen der Geldpolitik und die Folgen des Immobileinbooms stärker sein als hier unterstellt, wären Einbußen bei den deutschen Exporten zu erwarten. Ferner hat offenbar die Nervosität an den Aktienmärkten in wichtigen Ländern zugenommen, und die Kurse sind seit Ende Februar auch in Deutschland deutlich gesunken. Zwar halten wir eine so massive Kurskorrektur wie in den Jahren 2000 bis 2002 nicht für wahrscheinlich, da wichtige Indikatoren darauf hindeuten, dass die Kurse nicht drastisch überhöht sind; doch könnten Turbulenzen im Ausland auch in Deutschland zu Einbußen führen. Binnenwirtschaftlich ergibt sich ein Risiko hinsichtlich der Politik der Tarifparteien. Aufgrund der ungewöhnlich stark verbesserten Lage auf dem Ar-

beitsmarkt und des hohen Auftragsbestands ist die Verhandlungsposition der Gewerkschaften sehr günstig, und es könnte ihnen gelingen, noch höhere Löhne durchzusetzen als hier unterstellt. Dies würde sich negativ auf die Konjunktur auswirken, weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen litte und weil dann die Zinsen vermutlich noch stärker angehoben würden als hier unterstellt.

Anhaltend kräftiger Produktionsanstieg erfordert weitere Stärkung des Potentialwachstums

Unabhängig von den Unsicherheiten bezüglich der Konjunkturprognose gilt, dass die Produktion nur dann nachhaltig in einem höheren Tempo zunehmen kann, wenn die Weichen in der Wirtschaftspolitik so gestellt werden, dass das Produktionspotential schneller wächst. Hier hat sich in den vergangenen Jahren einiges zum Besseren gewendet, das Potentialwachstum hat sich nach dem lang anhaltenden Rückgang wieder verstärkt. Nach unseren Schätzungen beläuft es sich auf rund 2 Prozent (Boss et al. 2007). Ein wichtiger Grund ist die Lohnzurückhaltung, die sich nicht zuletzt unter dem Druck des intensiven internationalen Wettbewerbs und der Flexibilisierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ergeben hat. Der geringe Anstieg der Arbeitskosten hat nicht nur die Wende bei der Beschäftigung ermöglicht und beschleunigt, auch wurden Konjunktur und Wachstum spürbar angeregt. Nach unseren Schätzungen führt eine Lohnzurückhaltung bereits kurzfristig zu einem höheren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (Dovern und Meier 2007); die Angebotsbedingungen werden verbessert, somit wird das Potentialwachstum gefördert. Gemäß dieser Analyse kann die Arbeitslosigkeit durchaus noch weiter verringert werden. Die für das Jahr 2008 prognostizierte Arbeitslosenquote von rund 8 Prozent ist immer noch hoch im Vergleich zu den Raten, die in früheren Jahrzehnten in Deutschland erreicht wurden; sie ist

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

auch im Vergleich zu anderen Ländern hoch, wenn man international vergleichbare Arbeitslosenquoten heranzieht. Eine Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik wäre der beste Beitrag von dieser Seite für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dass es dazu kommt, ist umso wahrscheinlicher, je mehr sich die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes fortsetzt.

Auch in der Finanzpolitik sollte die vordringliche Aufgabe darin gesehen werden, die Wachstumskräfte zu stärken. Dies bedeutet unter anderem, dass das Budgetdefizit weiter verringert wird. Dazu ist Deutschland nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auch verpflichtet. Zudem gilt es, Vorsorge für den Fall zu treffen, dass das Defizit konjunkturbedingt steigt. Ein hinreichend großer Abstand zur 3-Prozent-Marke ist erforderlich, damit gegebenenfalls die automatischen Stabilisatoren wirken können. Angesichts der demographischen Veränderungen ist es im Hinblick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sogar angebracht, einen Budgetüberschuss anzustreben.

Nach unserer Prognose wird das Budgetdefizit des Staates in den Jahren 2007 und 2008 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zwar jeweils weniger als 1 Prozent betragen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abgeschlossen ist. Es gibt nach wie vor ein beträchtliches strukturelles Defizit, das es zu reduzieren gilt. Die öffentlichen Schulden sind im Jahr 2006 verlangsamt gestiegen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt haben sie geringfügig abgenommen. Auch in den Jahren 2007 und 2008 wird die Verschuldungsquote leicht sinken. Trotz der sehr günstigen Konjunktur wird sie aber im Jahr 2008 wohl 63 ½ Prozent betragen und damit deutlich über der im Vertrag von Maastricht festgelegten 60-Prozent-Marke liegen.

Nach dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom November 2006 soll das Budgetdefizit des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 2,1 Prozent im Jahr 2006 auf 0,5 Prozent im Jahr 2010 sinken (Tabelle 7). Für die öffentlichen Schulden wird erwartet, dass sie – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – von 68 auf 64 ½ Prozent abnehmen (BMF 2006).

Tabelle 7:

Eckwerte des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) 2005–2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Reales Bruttoinlandsprodukt ^a	0,9	2,3	1,4	1 ¼	1 ¼	1 ¼
Budgetsaldo	-3,2	-2,1	-1 ½	-1 ½	-1	-½
Struktureller Budgetsaldo	-2,8	-2	-1 ½	-1 ½	-1	-1
Ausgaben des Staates	46,8	45 ½	45	44 ½	43 ½	43
Öffentliche Schulden	67,9	68	67	66 ½	65 ½	64 ½

^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: BMF (2006).

Der Projektion liegt die Erwartung zugrunde, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2006 bis 2010 durchschnittlich um 1,7 Prozent pro Jahr steigen wird. Erweisen sich die Eckwerte als richtig, so wird die Zielvorgabe des Ecofin-Rats, das strukturelle Defizit des Staates von 2005 bis 2007 um mindestens einen Prozentpunkt zu verringern, zwar erfüllt, das strukturelle Defizit würde aber im Zeitraum 2007 bis 2010 insgesamt um nur einen halben Prozentpunkt verringert. Folglich nähme im Zeitraum 2005 bis 2010, auf den sich das Stabilitätsprogramm bezieht, das strukturelle Defizit jahresdurchschnittlich um weniger als 0,5 Prozentpunkte ab. Dies widerspricht den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Vereinbarungen. Nach einem Beschluss des Ecofin-Rats soll das strukturelle Defizit um mindestens einen halben Prozentpunkt je Jahr vermindert werden, bis das im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts erreicht ist. Überdies soll „in guten Zeiten“, die mit den dem Stabilitätsprogramm vom November 2006 zugrunde liegenden Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung impliziert sind, die Konsolidierung verstärkt werden. Bedenklich ist auch, dass die Bundesregierung das Ziel eines mittelfristig zumindest annähernd ausgeglichenen Haushalts selbst für das Endjahr des Projektionszeitraums nicht anstrebt.

Nicht nur der Bund, auch die Länder und Gemeinden sind aufgefordert, die Verringerung der Budgetdefizite voranzutreiben. Die Konsolidierung sollte bei den Staatsausgaben, insbe-

sondere bei den Finanzhilfen¹³ und anderen konsumtiven Ausgaben, ansetzen. Erhöhungen der Abgaben sollten unterbleiben; im Gegenteil: Mittelfristig sollten die Steuern und die Sozialabgaben gesenkt werden, um so die Arbeitsanreize und die Arbeitsnachfrage zu erhöhen.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte bereits im laufenden Jahr unternommen werden. Die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit erlaubt es, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung beispielsweise zur Jahresmitte weiter zu senken. Eine deutliche Reduktion des Beitragssatzes von derzeit 4,2 Prozent in die

Nähe von 3,0 Prozent würde den Anstieg der Arbeitskosten im Jahr 2008 trotz des höheren Tariflohnanstiegs etwa auf das Niveau der vergangenen Jahre begrenzen und auf diese Weise den Aufschwung verlängern sowie die Abnahme der Arbeitslosigkeit verstärken.¹⁴ Dies würde sich wohl günstiger auf die Arbeitsmarktentwicklung auswirken als zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung bestimmter Personengruppen. Solche Maßnahmen sind – jedenfalls auf mittlere Frist – zu erwarten, wenn der Beitragssatz nicht gesenkt wird.

Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2007). Via Internet (26. Februar 2007) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2006). Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006. *Monatsbericht des BMF* (Dezember): 37–45.
- Borbély, D., und C.-P. Meier (2005). Assessing Macroeconomic Forecast Uncertainty: An Application to the Risk of Deflation in Germany. *Kredit und Kapital* 38 (3): 377–399.
- Boss, A. (2007). Zum Entwurf eines Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006a). Aufschwung in Deutschland gewinnt zunächst noch an Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 428/429. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006b). Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 436/437. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007). Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland. Kieler Diskussionsbeiträge 441/442. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. In Vorbereitung.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.

¹³ Zu den Finanzhilfen des Bundes vgl. Rosenschon (2007).

¹⁴ Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wird die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2007 ihre

Rücklage in Höhe von 11 Mrd. Euro nicht benötigen, um ihre Ausgaben finanzieren zu können. Im Jahr 2008 dürfte sich die Finanzlage der Bundesagentur weiter verbessern.

Aufschwung in Deutschland setzt sich nur wenig verlangsamt fort

- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und C.-P. Meier (2007). Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004–2008. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2007). Robuste weltwirtschaftliche Expansion. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 439/440. IfW, Kiel.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Mai. Washington, D.C.
- Rosenschon, A. (2007). Finanzhilfen des Bundes – eine Aktualisierung. Kieler Arbeitspapiere 1313. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4: Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse*. Wiesbaden.